

PRESSEMIT TELLUG

Kulturpolitik

Nr. 480/13 vom 05. September 2013

Johannes Callsen und Peter Sönnichsen: Regierungsfraktionen missachten Willen der Anhörung und vergeben Chance für gelebte Minderheitenpolitik

Zum heutigen (5. September 2013) Nein der Regierungsfraktionen im Bildungsausschuss zu einer Bewerbung des deutsch-dänischen Grenzlandes für das Europäische Kulturerbe-Siegel erklärten der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Johannes Callsen, und der kulturpolitische Sprecher Peter Sönnichsen:

"Es ist mir unverständlich, warum die Koalitionsfraktionen – unter denen sich auch eine Partei der dänischen Minderheit befindet – diese einzigartige Chance für Süd- und Nordschleswig so kategorisch ablehnt. Anscheinend geht es den Regierungsfraktionen nicht um die gute Sache, sondern einzig und allein um die Tatsache, dass nicht sie selbst diese Initiative für eine lebendige europäische Minderheitenpolitik gestartet haben", so Callsen.

Auch der kulturpolitische Sprecher der CDU-Fraktion Peter Sönnichsen kritisierte die Ablehnung der Regierungsfraktionen. "Die Unterstützung für diese Bewerbung im Land ist groß. Das hat uns die Anhörung gezeigt. Dass sich ausgerechnet der SSW in dieser Frage gegen die dänische Minderheitenorganisation Sydslesvigsk Forening stellt, ist schon paradox. Frau Jette Waldinger-Thiering und ihre Kollegen hätten die Stellungnahmen aufmerksamer lesen sollen!", betonte Sönnichsen.

Pressesprecher Dirk Hundertmark, Mareike Watolla Landeshaus, 24105 Kiel Telefon: 0431 988-1440 Telefax: 0431-988-1443 E-Mail: info@cdu.ltsh.de Internet: http://www.cdu.ltsh.de

Das Kulturerbe-Siegel wäre eine wichtige Anerkennung der vorbildlichen Minderheitenpolitik im deutsch-dänischen Grenzland. "Die Minderheitenpolitik hierzulande hat maßgeblich mit zum europäischen Einigungsprozess beigetragen. Die Auszeichnung mit dem Europäischen Kulturerbe-Siegel wäre eine wichtige Anerkennung, die gleichzeitig auch neue Impulse für den Tourismus schafft und neue EU Fördermöglichkeiten für die Region öffnet. Dass die Regierungsfraktionen diese Chancen vertun, ist gewiss nicht im Interesse unseres Landes", kritisierte Callsen.